



Landtags-Infoblatt

Dauerbaustelle Wohnbeihilfe Steirische Opposition zieht vor Höchstgericht

9.614 Unterschriften übergab die KPÖ im Dezember an Soziallandesrätin Kampus (SPÖ). Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP gaben nach und entschärften die „Wohnunterstützung“ teilweise. Bestehen bleibt aber die Regelung, dass die Familienbeihilfe zum Haushaltseinkommen gerechnet wird. Dadurch verlieren Familien mit geringem Einkommen oft die Wohnbeihilfe. Besonders Alleinerzieherinnen sind betroffen.

Mit der seit 1.1.2017 geltenden Neufassung des Gesetzes erhöht das Land die Unterstützung, diese bleibt aber unter der Höhe der alten Wohnbeihilfe. Die „Vermögensgrenze“, die Personen, die mehr als 4188 Euro an Ersparnissen oder Vermögenswerten haben, vom Bezug ausgeschlossen hat, wurde auf 10.000 Euro angehoben.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Der Protest hat Wirkung gezeigt, Landesrätin Kampus hat die Verschlechterungen entschärft. Zufrieden können wir mit der Neuregelung aber nicht sein, denn die meisten Betroffenen haben nach wie vor viel weniger Beihilfe als vor Einführung der Wohnunterstützung. Besonders



Opposition zieht vor Höchstgericht. Es bestehen Zweifel daran, dass das Wohnunterstützungsgesetz verfassungskonform ist. Die 19 Mandatare von KPÖ, FPÖ und Grünen beantragten deshalb eine Prüfung durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH) – nur gemeinsam verfügen die drei Parteien über genügend Stimmen, um einen solchen Antrag stellen zu können. Mit einer Entscheidung ist allerdings erst im Herbst zu rechnen.

Alleinerzieherinnen sind Leidtragende, da die Familienbeihilfe nach wie vor zum Haushaltseinkommen gezählt wird. Das ist sonst nirgends in Österreich üblich. Die KPÖ fordert die Rückkehr zur alten Wohnbeihilfe, solange es in der Steiermark nicht

genügend erschwingliche Wohnungen gibt.“

Lange Wartezeiten

Die KPÖ stellte in der Landtagssitzung am 14. Februar den Antrag, das Referat Beihilfen und Sozialservice der Abteilung Soziales und Arbeit personell aufzustocken. Das wurde mit einer Mehrheit von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Außerdem setzte sich die KPÖ erneut dafür ein, dass die Familienbeihilfe nicht mehr zum Einkommen gezählt wird. Alle anderen Bundesländer verzichten auf eine vergleichbar familienfeindliche Regelung. SPÖ und ÖVP lehnten den Antrag ab, der dadurch keine Mehrheit fand.

Wir fordern:
Rücknahme der
„Wohnunterstützung“
und Rückkehr zur
Wohnbeihilfe!

Keine Einberechnung der
Familienbeihilfe ins
Haushaltseinkommen!

KPÖ

Kritik ignoriert: Kampus lehnt Korrektur bei Kautionsfonds ab

Klimt-Weithaler: Wohnen darf nicht arm machen – Kautionsfonds muss in der ganzen Steiermark zugänglich sein!

Mit Beginn des Jahres 2017 hat das Land Steiermark einen Kautionsfonds eingerichtet, der Personen mit geringem Einkommen einen Wohnungswechsel erleichtern soll. Das war eine langjährige Forderung der KPÖ. Erste Erfahrungen zeigen, dass die Unterstützung unnötig kompliziert gestaltet ist und von den meisten Gemeinden deshalb gar nicht angeboten wird – nur 79 der 287 steirischen Gemeinden bieten den Kautionsfonds an.

Die KPÖ richtete am 21. März eine Dringliche Anfrage an die zuständige Landesrätin Kampus (SPÖ). In einem Antrag regte die KPÖ an, dass sich Landesrätin Kampus mit Vertreterinnen und Vertretern der Städte und Gemeinden sowie mit den Parteien

im steirischen Landtag zusammensetzt, um eine für alle Beteiligten gute Lösung zu finden. SPÖ, ÖVP und FPÖ lehnten das aber ab. Kampus hält trotz aller Mängel an ihrem Modell fest und zeigte sich zu keinem Gespräch bereit.

Hintergrund der Zurückhaltung vieler Gemeinden, den Kautionsfonds anzubieten, ist der hohe bürokratische Aufwand. Der Landes-Kautionszuschuss, der höchstens 500 Euro beträgt, wird nämlich von den Gemeinden in Form eines Darlehens ausbezahlt. Dafür ist in jedem einzelnen Fall ein Beschluss des Gemeinderates nötig. Dadurch ergibt sich oft eine monatelange Wartezeit. Danach muss das Geld von den Mieterinnen und Mietern über einen

Zeitraum von drei Jahren in kleinen Raten zurückgezahlt werden. Für einige wenige „Kleinstkredite“ müssen die Kommunen also ein Verleih- und Mahnwesen einrichten und über Jahre verwalten. In Graz wurde unter KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr hingegen ein anderes Modell eingeführt: Der Kautionszuschuss wird direkt an den Vermieter überwiesen, nach Beendigung des Mietverhältnisses fließt das Geld wieder an die Stadt Graz zurück. Die wenigen Ausfälle, die entstehen, wenn auf die Kautionszugriffe wird, stehen in keinem Verhältnis zu dem immensen Aufwand, der durch die Administration von Krediten entsteht.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Der Kautionsfonds des Landes war ein Schritt in die richtige Richtung. Dass nur 79 steirische Gemeinden aufgesprungen sind, sollte aber zu den-



Claudia Klimt-Weithaler

ken geben. Die KPÖ ist immer zu einem konstruktiven Gespräch über Verbesserungen bereit. Es ist völlig unverständlich, dass Landesrätin Kampus nicht bereit ist, ein solches Angebot anzunehmen. Wohnen darf nicht arm machen. Deshalb brauchen wir den Kautionsfonds in der gesamten Steiermark.“

Neue Welle von Schulschließungen

Auch Vorzeigeschule Falkenstein unter den Opfern des Kahlschlags

Über 40 steirische Schulen sind den „Reformen“ von SPÖ und ÖVP in der vergangenen Landtagsperiode zum Opfer gefallen.

Nun geht die Welle von Schulschließungen weiter: Acht Volksschulen und eine Berufsschule werden mit Jahresende geschlossen. Die KPÖ protestiert gegen diese neuerliche Ausdünnung der Infrastruktur im ländlichen Raum und die damit verbundenen Folgen für Kinder und Eltern. Die betroffenen Gemeinden sind laut Medienberichten Etmühl, Laßnitz, St. Blasen, Semriach, Falkenstein sowie St. Johann/Tauern. Zwei Schulen in Rachau und Hiefalau werden angeblich „freiwillig“ geschlossen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler spricht sich gegen die Schulschließungen aus. Auch in kleineren Gemeinden erfüllen Schulen eine wichtige Aufgabe, in Kleinschulen wird oft Unterricht in hervorragender Qualität angeboten – Falkenstein ist ein hervorragendes Beispiel für eine zeitgemäße



Schon 2012 wurden zahlreiche steirische Schulen geschlossen.

Kleinschule, in der Inklusion gelebt wird.

Geschlossen wird auch die Berufsschule Gleinstätten, das Schulzentrum in Graz soll verkleinert werden.

Aus bildungspolitischer und pädagogischer Perspektive sind die Schulschließungen in keiner Weise gerechtfertigt. Auch die Folgen für die künftige Entwicklung der drei betroffenen Ortsteile werden ausgeblendet. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Schließung von Schulen hat viele negative Auswirkungen. Die Kinder müssen lange Schulwege in

Kauf nehmen und die Gemeinden werden systematisch ausgehungert. Die Schule ist das Herz in vielen Gemeinden. Gerade in Kleinschulen herrscht oft ein Klima, das einen Unterricht in hoher Qualität möglich

macht.“

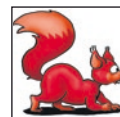
Landesrätin Lackner (SPÖ) war nicht einmal bereit, die kurz bevorstehende Anhörung mehrerer Petitionserwerber im Landtag abzuwarten, die ihre Argumente gegen die Schließung der Volksschulen Etmühl und Falkenstein vorbringen.

„Seit Jahren beschränkt sich die Bildungspolitik des Landes Steiermark auf das Schließen von Schulen. Der vor einigen Jahren vorgestellte Bildungsplan enthält zwar positive Zielsetzungen, umgesetzt werden allerdings ausschließlich Einsparungen. Die Kinder gehören zu den

ersten, die die verfehlte Budgetpolitik des Landes ausbaden müssen.“, so Klimt-Weithaler.

Bei wirklichen Qualitätsverbesserungen ist das Engagement der Landesregierung weitaus geringer. Zu den nötigen Maßnahmen würden zählen unter anderem:

- Ausweitung der Schulsozialarbeit,
- Integration behinderter Kinder auch am Nachmittag,
- Gratis-Kindergarten ab dem vierten Lebensjahr,
- kleinere Gruppen im Elementarbereich oder
- die Fachmittelschule (mittlere Reife).



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: tk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Pflegekosten: Finanzierungsmisere wird verlängert

Werner Murgg (KPÖ): „Damit ist nächstes Sparpaket vorprogrammiert“

Das steirische Pflegewesen ist in einer Sackgasse: Es steht zwar ausreichend Geld zur Verfügung, doch wird es – mehr als in allen anderen Bundesländern – zur Subventionierung gewinnorientierter Betreiber verwendet.

Diesen Missstand versucht die Landesregierung seit 2014 zu beheben, allerdings erfolglos: Denn die Verträge sind so ungünstig für das Land, dass ein Ausstieg erst nach zehn Jahren möglich ist. Deshalb wird die Misere jetzt verlängert, ein Ausweg ist in weite Ferne gerückt. Das sagte der KPÖ-Landtagsabgeordnete Werner Murgg zu der bevorstehenden Einigung, über die die Kleine Zeitung am 22. Februar berichtet.

Private Heime treiben Kosten in die Höhe

In keinem österreichischen Bundesland gibt es so viele stationäre Pflegeheime wie in der Steiermark (über 200). Beinahe zwei Drittel von ihnen arbeiten gewinnorientiert. Für sie waren die Bedingungen in den vergangenen Jahren äußerst günstig. Lagen die Ausgaben des Landes und der Gemeinden für die gewinnorientierten Heime 2005 noch bei 96 Mio. Euro, sind sie 2013 auf 267 Mio. Euro angestiegen und



Werner Murgg

haben sich damit **in nur acht Jahren beinahe verdreifacht** – und das, obwohl angeblich keine hohen Gewinne mehr zu erzielen seien. Im selben Zeitraum sind die Kosten für die landeseigenen Heime **nur um 58 % gestiegen**. Darauf wies der Landesrechnungshof hin.

Werner Murgg: *„Nötig wäre eine Kündigung der Verträge nach dem derzeitigen Normkostenmodell sowie die Orientierung auf öffentliche und gemeinnützige Heimträger. Solange das nicht gelingt, werden auch die Kosten schwer kontrollierbar bleiben. Mit der Einigung auf eine weitere Erhöhung der Tagsätze ist das nächste Sparpaket des Landes vorprogrammiert.“*

Das bestehende Normkosten-

modell, das laut Zeitungsbericht im Wesentlichen unangetastet bleibt, hat **enorme Mängel**: Gegenwärtig refinanziert die öffentliche Hand den Betreibern etwa 70 % der angenommenen (und zu keiner Zeit geprüften) Baukosten sowie 100 % der Ausstattungskosten. Dies auch in jenen Fällen, in denen der Heimbetreiber gar nicht selbst gebaut hat bzw. das Objekt nur mietet.

Positiv ist lediglich die Verbesserung des Personalschlüssels zu bewerten, sollte das Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden. Sowohl die Beschäftigten als auch die BewohnerInnen der Heime und ihre Angehörigen lei-

den unter der Personalsituation. Derzeit suggeriert die bestehende Regelung, dass bei einem Personalschlüssel von etwa 1:2, dass für je zwei Klienten in der Pflegestufe 7 stets eine Pflegekraft anwesend ist. Tatsächlich aber sagt der Schlüssel lediglich aus, dass auf zwei KlientInnen eine Vollzeitäquivalent (VZÄ) Pflegekraft zu rechnen ist. Damit tatsächlich zu jeder Stunde am Tag zumindest eine Pflegekraft anwesend ist, benötigt man bei einer Jahresarbeitszeit von 1640 Stunden, nicht weniger als 5,3 Dienstposten. Das relativiert auch die 800 in Aussicht gestellten neuen Dienstposten.

in kürze

Bus, Bahn und Bim wieder teurer:

Am 1. Juli 2017 wird der Verkehrsverbund die Tarife für den Öffentlichen Verkehr in der Steiermark wieder um 1,6 % anheben, wie bereits im vergangenen Jahr. Die Teuerung kann bei einzelnen Tarifen, etwa bei Stundenkarten, auch höher ausfallen. Angesichts der niedrigen Treibstoff- und Energiepreise müssten die Tarife sinken, betont KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Die Teuerung bei den im Verbund zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen liegt jedes Jahr weit über der Teuerungsrate. Grundlage dafür ist eine Vereinbarung aller im Verbund vereinten Unternehmen, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucherpreisindexes durchzuführen. Lediglich die Landeshauptstadt Graz hat unter dem Druck der KPÖ den Preis für die Jahreskarte deutlich gesenkt.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: *„In Zeiten großer Belastungen für die Bevölkerung und der Feinstaubproblematik im Großraum Graz ist eine automatische Teuerung des Öffentlichen Verkehrs unzumutbar. Günstige Energiepreise müssen an die Bevölkerung weitergegeben werden. Insbesondere Pendlerinnen und Pendler werden benachteiligt, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel verwenden. Das Land muss endlich seinen Einfluss geltend machen*

und die automatische Teuerung zu Fall bringen.“



Frauentag: 1917 - 2017



Frauentag 2017: Bei ihrer Aktion zum Internationalen Frauentag am 8. März verteilte die KPÖ mit der Grazer Vizebürgermeisterin Elke Kahr und Landtags-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler in der Grazer Herrngasse Nelken an Frauen. Frauen verdienen in der Steiermark für gleichwertige Arbeit noch immer 23,5 % weniger als Männer. Solange diese Ungerechtigkeit besteht, wird es notwendig sein, für gleiche Rechte einzutreten!

Im Landtag setzte sich die KPÖ für eine **verfassungsrechtliche Prüfung des Finanzausgleichs** ein. Unserem Bundesland gehen durch eine Benachteiligung gegenüber den westlichen Bundesländern jährlich Millionen verloren, betont KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg. FPÖ und Grüne stimmten dem Vorschlag zu, SPÖ und ÖVP lehnten eine solche Überprüfung allerdings ab. Der Antrag hat damit keine Mehrheit gefunden. Die Einnahmen aus dem Finanzausgleich sind bei weitem die bedeutendsten, die das Land zu verzeichnen hat. Der Finanzausgleich 2017 zeigt gegenüber den vorigen Jahren leider keine Änderung in Bezug auf die Benachteiligung der Steiermark im Vergleich zu anderen Bundesländern. Im Bundesländervergleich (ohne Wien, das als Gemeinde und Bundesland in einem eine Sonderstellung hat) weist die Steiermark eine recht niedrige Kopfquote auf.

Privatisierung von Spitälern verhindern!

Weil dem Land Steiermark 100 Millionen Euro fehlen, soll die medizinische Versorgung im Bezirk Liezen „ausgliedert“ werden. Alle öffentlichen Spitäler im flächenmäßig größten Bezirk Österreichs sollen geschlossen und durch ein privates ersetzt werden. Das berichtet die Kleine Zeitung am 18. März.

Die KPÖ kündigt Widerstand gegen diese Pläne an. Gesundheit ist eine öffentliche Verantwortung und kein Feld für Budgetexperimente und Geschäftemacherei. Mit den Privatisierungsplänen von Landesrat Drexler ist eingetreten, wovor die KPÖ seit Beginn der „Spitalsreform“ gewarnt hat. Aus budgetären Nöten zustande gekommene Kürzungen werden als „Reformen“ verkauft. Weil angeblich 100

Millionen fehlen, soll das öffentliche Spitalwesen nun zerschlagen werden. Zum Vergleich: Für die Schi-WM 2013 im Bezirk Liezen hat das Land Steiermark 151 Millionen Euro ausgegeben.

Damit, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, ist die so genannte Gesundheitsreform unter ÖVP-Regie schon entgleist, bevor sie begonnen hat. *„Denn weder für die Leitspitäler noch für die über 90 in Aussicht gestellten Primärversorgungszentren gibt es ausreichend Budgetmittel. Wenn Drexler mit der Privatisierung der Spitäler im Bezirk Liezen durchkommt, werden bis 2035 sämtliche steirischen Krankenhäuser privatisiert. Das wäre keine Reform, sondern ein Ausverkauf.“*

LH Schützenhöfer und Spi-



talslandesrat Drexler lassen seit Jahren keinen Zweifel daran, dass sie extreme Maßnahmen bei der Gesundheitsversorgung vorbereiten. Es ist mit den Plänen für die Obersteiermark sehr wahrscheinlich geworden, dass eine flächendeckende Privatisierung von Krankenhäusern vorbereitet wird. Dass die geplanten Primärversorgungszentren von privaten Konzernen betrieben werden, wird mit den aktuellen Aussagen Drexlers immer wahrscheinlicher.

Dafür spricht auch die Gründung einer gemeinsamen Plattform zur „Gesundheitswirtschaft“, welche ÖVP-Vertreter in der Landesregierung 2016 gemeinsam mit der Wirtschaftskammer ins Leben gerufen haben, um auf „Wachstumschancen der Branche“ zu set-

zen. Claudia Klimt-Weithaler: *„Eine Privatisierung von Krankenhäusern kommt für die KPÖ nicht in Frage. Die große Mehrheit der Steirerinnen und Steirer lehnt solche Pläne ab. Sollte die Regierung diesen radikalen Plan zur Entsorgung der öffentlichen medizinischen Versorgung tatsächlich umsetzen wollen, wird sie auf erheblichen Widerstand stoßen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Gesundheitssystem ausverkauft wird.“*

in kürze

215.609 Menschen haben 2015 in Österreich nur eine **Mindestpension** bezogen. Fast zwei Drittel sind Frauen. 2017 beträgt die Höhe der Mindestpension für Alleinstehende 889,84 Euro, netto sind es 844,46 Euro. Im Sommer vorigen Jahres kündigte Sozialminister Stöger (SPÖ) an, diesen Betrag für alle, die 30 Versicherungsjahre vorweisen können, auf 1000 Euro zu erhöhen. Das erweist sich nun als Mogelpackung. Denn was nicht dazugesagt wurde: Die Regelung ist so gefasst, dass nur ein sehr kleiner Personenkreis in den Genuss der Erhöhung auf 949 Euro (brutto: 1000 Euro) kommt: Die Regelung gilt ausschließlich für Alleinstehende. Und bei den 30 Versicherungsjahren werden nur reine Arbeitsjahre anerkannt, Kindererziehungszeiten und andere Versicherungszeiten werden nicht berücksichtigt. Dadurch reduziert sich die Zahl der Begünstigten auf eine sehr überschaubare Zahl. Die KPÖ fordert von der Bundesregierung eine Korrektur dieser Regelung.

Rolle der Gemeindefaufsicht bei Hartberg und Hart/Graz wird überprüft: Die Abgeordneten von KPÖ, FPÖ und Grünen brachten Anfang Februar ein Sonderstück in den steirischen Landtag ein, mit dem der Landesrechnungshof mit der Prüfung des Vorgehens der Gemeindefaufsicht hinsichtlich der Gemeinden Hartberg und Hart bei Graz betraut wurde. Laut Landesverfassung ist auf Verlangen eines Viertels der Abgeordneten eine solche Prüfung vom Landesrechnungshof durchzuführen.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: *„Die Situation in diesen Gemeinden ist seit geraumer Zeit hinlänglich bekannt. Es ist dringend aufzuklären, welche Maßnahmen von der Gemeindefaufsicht gesetzt oder eben nicht gesetzt wurden.“*



Wahlerfolg in Graz:

Haltung zeigen, Hoffnung geben. KPÖ gewinnt 3000 Stimmen und zweiten Stadtrat

Bei der Grazer Gemeinderatswahl konnte die KPÖ ihre 10 Mandate (von 48) gut absichern. Mit 25.645 Stimmen konnte die FPÖ klar auf Distanz (unter 20.000 Stimmen) gehalten werden. Der Stimmenanteil konnte um fast 3.000 Stimmen vergrößert werden. KPÖ-Prozentanteil der Wahl von 5.2. 2017: 20,34%.

In den Bezirksräten der stadtbezirke wurde die Anzahl der Mandate von 28 auf 34 vergrößert. Was am Wahlabend noch nicht sicher war: Ein zweites Mandat in der Stadtregierung wanderte von der SPÖ zur KPÖ. Es wird mit Robert Krotzer besetzt, der als jüngster Grazer Stadtrat die Zukunftshoffnung der KPÖ ist. Wermutstropfen des Wahlausgangs ist die schwarz-blaue Mehrheit, die sich anschiekt das Ruder in Graz zu übernehmen: Rücksichtslosigkeit und Freunderlwirtschaft sind in den Verhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ bereits vorgezeichnet. Für die KPÖ sicher kein Grund



klein beizugeben. Gerade unter diesen Verhältnissen ist Widerstand gegen die neoliberale Machtpolitik notwendiger denn je. Unabhängig davon, mit welchen Ressorts die KPÖ in der Stadtregierung betraut wird: Elke Kahr-KPÖ wird sich weiterhin für soziales Wohnen und ein solidarisches Miteinander einsetzen.